

## Frauen bei Feuerwehr unerwünscht?

Bei einem Besuch bei der Feuerwehr mit rund 35 Frauen machte **KPÖ-Gemeinderätin Ulrike Taberhofer** Ende Oktober eine befremdende Erfahrung: Auf die Frage, wie es mit dem Einsatz von Frauen bei der Feuerwehr aussieht, meinte der zuständige Brandmeister, das sei nicht möglich, weil Frauen keine Bergeschere halten könnten. Allerdings gibt es seit Sommer des Vorjahres eine Dienstzweigeverordnung, nach welcher der gleichberechtigte Zugang von Frauen zur Feuerwehr gewährleistet sein muss.

## Wann antwortet der Bürgermeister?

Anfragen von Mitgliedern des Gemeinderates an den Bürgermeister müssen bis spätestens in der drittfolgenden Sitzung beantwortet werden. Die Beantwortung einiger Anfragen von KP-Gemeinderäten an Bürgermeister Siegfried Nagl ist zum Teil schon seit einem Jahr offen, was **KPÖ Gemeinderat Georg Fuchs** zum Anlass nahm, um eine weitere Anfrage an den Bürgermeister zu richten, nämlich die nach der Einhaltung der von der Geschäftsordnung der Stadt Graz vorgegebenen Fristen.

## Basissubvention für Haus Rosalie

Das Haus Rosalie in der Babenbergerstraße 61a bietet Frauen in Not, insbesondere Frauen mit Kindern und Frauen, die psychisch belastet sind, eine vorübergehende Unterbringung.

In einer Zeit, da die Schere zwischen arm und reich immer größer wird, sind auch immer mehr Frauen von Obdachlosigkeit betroffen. Daher stellte **KPÖ Gemeinderätin Christine Schönberg** den Antrag, dem Haus Rosa-

## AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT



Hilfe für Frauen in Not: Das Haus Rosalie der Vinzige-meinschaft

lie eine Basissubvention zu gewähren – in dem Ausmaß, wie sie für ähnliche Einrichtungen vorgesehen ist. Der Erlös des Volkshaus-Balls am 27. Jänner kommt übrigens dem Haus zugute.

## Altstadtanwalt muss kommen!

„Das neue Altstadt-Erhaltungsgesetz soll unbedingt auch den Altstadtanwalt beinhalten“, fordert **KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch**. „Gerade eine solche weisungsfreie Institution mit Parteistellung wäre dringend notwendig,

um die Sachverständigenkommission in ihrem Kampf um die historische Substanz zu unterstützen – notfalls auch beim Höchstgericht“. Die Grazer ÖVP und SPÖ sind gerade dabei, ein wirkungsvolles Gesamtpaket zu unterlaufen, indem sie auf die wesentlichste Neuerung bewusst verzichten. „Wer einen funktionierenden Altstadt-

schutz will, muss auch Ja zum Anwalt sagen. Zuviel ist auf diesem Gebiet unwiederbringbar versäumt worden!“, so Fabisch.

Auch **KPÖ-Bezirksvorsteher Stv. Franz Stephan Parterer** (Innere Stadt) im Bezirksrat: „Wir haben im 1. Bezirk den Abriss des Kommod-Hauses erleben müssen. Die Gefahr des Spekulantentums ist groß. Und es ist nicht auszuschließen, dass die entsprechenden Leute ihre Verbindungen in die Stadt hinein spielen lassen. Deshalb brauchen wir einen unabhängigen Anwalt für unsere Altstadt“.



Altstadtanwalt soll historische Substanz schützen.

# Millionen in Messe gepulvert

Verlustbetrieb Grazer Messe: 58 Millionen Euro kostet die neue Halle A. Zwei Millionen Euro muss die Stadt bis 2031 zuschießen.

**G**ähnende Leere dort, wo einst die Halle 1 stand. Die Baulücke wird mit der neuen, 2-stöckigen Halle A gefüllt, die samt Foyerbauten und Tiefgarage mit 350 Parkplätzen 58 Millionen Euro kostet. Möglich ist das nur, weil die Messe Grundstücke ums Messe-schlössl verscherbelt und die Messe-Gesellschafter – also hauptsächlich die Stadt – zwei Millionen Euro pro Jahr in die Messe buttern.

Baustelle: In die Messe pulvert die Stadt weiterhin Millionen.



„In der derzeitigen Budgetsituation der Stadt muss man die Ausgaben hinterfragen. Im Sozial- und Kulturbereich immer mehr zu sparen und aber jedes Jahr Millionen in die Grazer Messe zu stecken, kann nicht im Sinne einer guten Stadtpolitik sein!“, meint **KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann**. „Machen wir den selben Fehler immer wieder Geld in die Messe zu stecken nicht noch einmal“,

warnt **Bergmann**.

Derzeit arbeitet man bei der Messe an der neuen Halle A – ein weiteres Prestigeprojekt neben der Stadthalle. Sie soll für den Messebetrieb und für Veranstaltungen erhalten. Um die Baukosten und auch den Betrieb der Messe zu decken, trennt sich die Messe von jenem Areal, wo einst der Vergnügungspark untergebracht war. Sind diese Grundstücke verkauft und die Erlöse verbraucht, heißt es für die Stadt einmal mehr zahlen, wenn man sich die Messe weiter leisten will.